

Bezugspreis:

Monatlich 3,00 M., vierteljährlich 8,00 M., halbjährlich 15,00 M., jährlich 30,00 M. (einschl. Post- und Zustellungsgebühren). Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Rumänien 20,00 M. für das übrige Ausland 27,00 M. (Post- und Zustellungsgebühren). Anzeigenpreise: Einzelnummern 10 Pf., Abonnement 1,00 M. (einschl. Post- und Zustellungsgebühren). Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigengebühren.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Gedanken und Meinungen“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Telefon: 15195-97

Expedition: 11753-54

Montag, den 26. September 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung: 11753-54

Churchill gegen Wiedergutmachung.

London, 26. September. In einer großen Rede in Dundee befaßt sich Churchill nach Erörterung der irischen Frage mit dem Wiedergang des Welthandels und der Washingtoner Konferenz. Churchill sagte, dem ausführlichen Bericht der „Times“ zufolge, der Wiedergang im Weltmarkt beruht auf der Lage der englischen Arbeiterklasse. Das Währungsproblem zwischen dem einen und dem anderen Lande sei zum großen Teil gelöst. Kredit und Unternehmungen seien behindert. Ungeheure Schulden von Hunderten und Tausenden Millionen Pfund Sterling und sogar noch tiefergehende Entschädigungen würden von einem Lande gegen das andere geltend gemacht. Diese Schulden und Entschädigungen überfliegen die Mittel und Methoden der Bezahlung bei weitem. Die Länder, an die die Bezahlung zu erfolgen habe, könnten nur in beschränktem Maße ausländische Waren, die infolge der Kriegsschuld gedumpte Ware vorstelle, aufnehmen und in einem Jahre nur eine bestimmte Entschädigung erhalten, weil sonst ihr eigenes Industrie-System in ernstlich in Mitleidenschaft gezogen, ihrer Arbeiterbedürfnisse das Brot vom Munde weggenommen werden würde. Churchill sagte: Die großen Nationen der Welt bieten augenblicklich ein merkwürdiges pathetisches Schauspiel: Amerika, England, Frankreich, Italien, alle hoffen riesige Geldsummen von einander oder von Deutschland herauszubekommen.

Schulden einstreifen ist eine Hauptindustrie geworden

und nimmt in den Köpfen zahlreicher Politiker und Parlamente und sogar Völker den Hauptplatz ein. Wenn alle Schulden und Entschädigungen zwischen Nation und Nation bezahlt werden würden, dann würde jedes Gläubigerland gedumpte Ware erhalten, und zwar in Mengen und zu Preisen, die für den geordneten Betrieb ihrer Industrien verhängnisvoll sein würden. Nicht ein einziges der reicheren Länder, die Anspruch auf riesige Wareneinfuhr als Bezahlung der ihnen geschuldeten Beträge haben, würde diese Waren, wenn sie kommen sollten, annehmen. Auf der anderen Seite schaffen sie, und ganz mit Recht, Tarife und alle Arten von Sondergesetzen, um zu verhindern, daß ihre eigenen Industrien durch solche riesige unwirtschaftliche Einfuhr völlig erschüttert werden.

Infolge der aus diesem allen entstandenen Währungsverhältnisse ist die Kaufkraft der Schuldnationen vollkommen erloschen. Die Gläubigerationen haben infolge der Währungsverhältnisse größte Schwierigkeiten, nach den Schuldnationen auszuführen, da diese letzteren ihnen bereits mehr schulden, als sie bezahlen können. Die Schuldnationen sind gezwungen, jährlich nach den Gläubigerationen riesige Mengen auszuführen, was ihre Leistungsfähigkeit weit überschreitet. Die Gläubigerationen wollen diese Waren jedoch nicht annehmen aus Furcht, daß darunter ihre eigenen Industrien leiden. Dadurch wird

der gesamte internationale Handel ungeheuer eingeschränkt.

und jedem Land wird dadurch Schaden zugefügt. Die größten Ergebnisse sind gerade das Gegenteil von dem, was die meisten erhofften. Ein Beispiel dafür ist der größte Schuldnerstaat: Deutschland, und der größte Gläubigerstaat Amerika. In Deutschland arbeiten die Industrien intensiv. Deutschland wird durch seine Einfuhr in die Lage versetzt, fast jeden Markt, den es beschließt, zu erobern. In den Vereinigten Staaten ist die Lage ganz anders. Sie verfügen über Berge von Gold. Der amerikanische Ausfuhrhandel wird jedoch sehr eingeschränkt. Die amerikanische Flotte ist ein vollkommener Fehlschlag. In Amerika sind dreimal soviel Erwerbslose wie in England, und ein Stein der Kurve für die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt.

Diese Gegenstände ergeben die unbedingte Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich zusammenkommen, um sich von neuem diesem Problem des internationalen Handels zuzuwenden, damit die Ströme des Angebots und der Nachfrage wieder frei über die Oberfläche der Welt fließen können. Zweifelslos könne man sich selbst dabei nicht von der Kritik ausnehmen. Immerhin sei England von allen reicheren Ländern in seiner Finanzpolitik seit dem Kriege sicher das einsichtigste Land gewesen. England habe versucht, soweit möglich, Deutschland eine Möglichkeit zu sichern, seine eigene Wirtschaft wieder aufzubauen, mit der die Wohlfahrt Frankreichs und Englands so eng verknüpft sei. England habe sich erboten, zu verzeihen und

alle Schulden zu streichen.

die ihm europäischen Nationen schulden, vorausgesetzt, daß England von der geringeren Schuld befreit werde, die es für seine Alliierten bei den Vereinigten Staaten aufgenommen habe. Das Heilmittel liege jedoch nicht in der Hand eines einzigen Landes, und in dieser Richtung seien andere Länder vorhanden, „die mächtiger sind als wir“. Es gibt andere Länder, fuhr Churchill fort, die in dieser Frage in einer glücklicheren Lage sind als wir. Es würde zum Vorteil der Welt sein, wenn alle internationalen Verpflichtungen, die aus diesem Kriege entstanden sind, von neuem auf praktische Dimensionen herabgesetzt und in eine Kategorie für sich gestellt würden. Ob dies möglich ist oder nicht — unmittelbar notwendig ist ein Mittelweg von internationaler Währung, das von Kriegsverpflichtungen unbeeinträchtigt sein würde und wenigstens zeitweilig und während der Periode der Befriedung den Verlauf von Waren zwischen den Nationen auf einer natürlichen und normalen Grundlage sichern würde. So wichtig auch die Konferenz ist, die demnächst in Washington über die Frage der Abrüstung stattfinden soll, eine Konferenz über die Schaffung normaler Währungen würde wertvoller sein und noch dringlicher. Man darf vielleicht hoffen, daß sich die eine aus der anderen entwickeln wird.

Frankreich und die amerikanischen Truppen.

New York, 26. September. (AP.) Der Pariser Berichtslatter der „Associated Press“ meldet: Die amtlichen französischen Kreise sind sehr beunruhigt über die Berichte aus Washington, wonach die amerikanischen Truppen am Rhein nach Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages zurückgezogen werden würden. Das Ministerium des Auswärtigen hat keine Benachrichtigung darüber erhalten, aber der französische Botschafter in Washington, Jufferand, ist angewiesen worden, die Entwicklung der Dinge genau zu verfolgen und im geeigneten Augenblick darauf hinzuweisen, daß Frankreich die Zurückziehung der amerikanischen Truppen tief bedauern würde, da die französische Regierung die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte am Rhein als Grundlage der alliierten Solidarität und als große Hilfe bei der Durchsetzung des Versailles-Friedensvertrages ansehe.

Die Wirkungen des Friedensvertrages.

London, 26. September. (CC.) Die „Times“ erzählt aus Washington: Sobald die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn ratifiziert sind, würden die Vereinigten Staaten nach Vereinbarungen mit den Alliierten bezüglich gewisser Ergänzungen des Friedensvertrages mit Deutschland in Verhandlungen treten. Staatssekretär Hughes sei der Auffassung, daß die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen zu einer endgültigen Lösung geführt werden könnten, wenn die Vereinigten Staaten Abmachungen mit England, Frankreich, Italien und Japan träfen, durch die die Beziehungen dieser Staaten zu Amerika, insbesondere was die von Deutschland abgetretenen Gebiete betrifft, geordnet würden. Alle von Amerika mit den Alliierten abgeschlossenen Verträge würden Bestimmungen über die Mandatsgebiete erhalten wie jene Länder, denen Mandate über ehemals deutsche oder türkische Kolonien übertragen wurden. Was die Frage der amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission angeht, so hatte Hughes gestern eine Unterhaltung mit Lodge, bei der er eine Mitteilung in dem Sinne machte, daß der Präsident einen Vertreter in die Kommission entsenden wird.

Die Reparationskommission wird vom Dienstag ab in Bollungen das Wiesbadener Abkommen prüfen. Der „Matin“ meldet, daß die für heute vorgesehene Begegnung zwischen Bouché und Rathenau noch in letzter Stunde eine Verzögerung erfahren mußte und nun wahrscheinlich am 1. und 2. Oktober stattfinden wird.

Die Frankenbesoldung im Saargebiet.

Saarbrücken, 24. September. (AP.) Trotz des starken Druckes, den die Regierungskommission ausübt, haben die Gemeindevertretungen von Saarbrücken und den meisten anderen Orten des Saargebietes die Einführung der Frankwährung für ihre Beamten und Angestellten abgelehnt.

Die Danziger Eisenbahnfrage.

Genf, 24. September. (CC.) Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, sind in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend zwischen der Danziger Delegation unter der Führung des Senatspräsidenten und den polnischen Vertretern unter Führung des Völkerbunddelegierten Dymowski die seit 14 Tagen hier geführten Verhandlungen in der Danziger Eisenbahnfrage durch ein Übereinkommen abgeschlossen worden. Dieses trägt dem Wunsch der Danziger insofern Rechnung, als der Übergang der Bahn in polnischen Besitz nur nach befriedigender Vereinbarung mit dem Hafenausschuß erfolgen kann.

Neue Türkenoffensive.

Paris, 25. September. (AP.) Havas verbreitet eine aus türkischer Quelle stammende Konstantinopeler Meldung, daß das Gerücht von der Eroberung von Esti Schehir sich nicht bestätigt. Die Lage der griechischen Armee habe sich nach dadurch verschlimmert, daß zwei Kanonierdivisionen und zwei Infanteriedivisionen in ihrem Rücken operierten, die Said Ghazir besetzt hätten.

Konstantinopel, 24. September. (Havas.) Nach Nachrichten aus kemalistischer Quelle soll in der Gegend von Esti Schehir eine große Schlacht im Gange sein. Die Griechen sollen versuchen, in dieser Stadt Widerstand zu leisten. Andererseits soll General Kureddin Pascha, Befehlshaber der Truppen der Nordfront, den Befehl erhalten haben, gegen Brussa zu marschieren. General Chalil Pascha soll den Befehl erhalten haben, gegen Smyrna vorzugehen.

Das Russische Rote Kreuz teilt uns zu der in der deutschen Presse erschienenen Mitteilung, daß die Sowjetregierung eine Steuer für Wohltätigkeitspenden eingeführt hat, mit, daß auf Grund des § 6 des am 29. August 1921 zwischen dem Deutschen Roten Kreuz und der Sowjetregierung geschlossenen Abkommens, das Sanitätsmaterial sowie Nahrungsmittel und andere Produkte, die für die Hungerleidenden in Sowjetrußland bestimmt sind, unentgeltlich und steuerfrei zu befördern sind.

Anzeigenpreis:

Die abgesetzte Nonpareil-Mappe kostet 6.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 2.— M. (einschl. zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellenangebote und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigengebühren.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Das neue Hausangestelltenrecht.

Von Luise Röhler.

Bald fährt es sich zum dritten Male, daß die Gesindeordnungen außer Kraft gesetzt sind. Lange schon erwarten die Hausangestellten für sich ein neues Recht. Nun endlich liegt der Regierungsentwurf vor. Hier haben bei der Bearbeitung Männer und Frauen der neuen Zeit gefehlt. Er riecht nach Moder. Wörter und Sachbegriffe sind dem vorigen Jahrhundert entnommen. Es wird bei Beratung des Entwurfes der Aufbietung aller Kräfte bedürfen, um hier abzuändern oder vollständig neu zu gestalten. Denn was längst überholt ist, lebt hier wieder auf, ja noch mehr, man legt fest, daß Kinder ebenfalls als Hausangestellte beschäftigt werden dürfen. Soll uns nach diesem das Ausland glauben, wie geschwächt unsere Kinder sind? Was hat sich der Reichsarbeitsminister gedacht, kennt er die Tragweite des § 34 Abs. 4, wo es heißt:

„Kinder unter 14 Jahren dürfen täglich nicht länger als drei Stunden beschäftigt werden. Die Beschäftigung darf nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht nach 7 Uhr abends enden. Die Beschäftigung vollschulpflichtiger Kinder vor dem Beginn der Schule ist verboten. Kinder unter 12 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden.“

Arme Arbeiterkinder! In der Begründung schreibt man: „Es liegt im Interesse der Kinder, die durch die verhältnismäßig leichte Hausarbeit in den Stand gesetzt werden, früh etwas zu verdienen, ohne doch Schaden zu nehmen.“

Die Empörung steigt einem auf, wenn man liest, daß diese Arbeit leicht sein soll, wenn Kinder schon eine fünfjährige Schulzeit hinter sich haben. Ob die Bestimmung über Zulassung von Kinderarbeit nicht mit dem kommenden Reichsjugendgesetz in Widerspruch gerät, in dem das Verbot jeder Kinderarbeit gegen Entgelt verlangt wird.

Wenn weiter in der Begründung gesagt wird, daß die Hausangestellten hinsichtlich ihrer Arbeitsdauer umgehüllt sind und die Gefahr besteht, daß sie über ihre Kräfte hinaus ausgenutzt werden, zumal sie häufig neben der Erwerbsarbeit noch den eigenen Haushalt zu versehen haben, dann ist man doch erstaunt, daß nicht klipp und klar im Gesetz die achtstündige Arbeitszeit festgesetzt ist. Warum dann so tun und eine Höchstarbeitszeit von 5,6 Stunden in der Woche für diese Arbeiterklasse festsetzen, bei der in der Regel noch ein weiterer Weg von und zur Arbeitsstätte hinzukommt? Was unsere Wäscherinnen und Reinmachefrauen, Aushilfen und Aufwarterinnen mit der Einführung des Achtstundentages erlangen haben, daß will man jetzt so ohne weiteres über den Haufen werfen. Mögen die Leidtragenden nicht zu spät erkennen, daß auch sie sich zu rühren haben, wenn für sie nicht der Achtstundentag verloren gehen soll!

Eine dreizehnstündige „Arbeitsbereitschaft“ mag man für die Hausangestellten, die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, festzulegen; ja man ist sogar so weit gegangen, daß man für den Sonntag die Stunde festgelegt hat, an der die Arbeit früh zu beginnen hat, und fast scheint es, als wäre dem Gesetzgeber 6 Uhr morgens noch nicht früh genug. Damit aber die Hausangestellte ja nicht zu viel freie Zeit erhält, soll die Sonntagsarbeit um 3 Uhr beendet sein. Klingt es nicht wie Hohn, wenn im Gesetz steht: in der siebentägigen Woche besteht ein Anspruch auf verkürzte Arbeitsbereitschaft an nicht mehr als zwei Tagen! Auch für die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Hausangestellten muß es möglich sein, daß der siebente Tag ein fast arbeitsfreier Tag ist. Wenn man bedenkt, daß zwischen jugendlichen und erwachsenen Hausangestellten in der Arbeitsbereitschaft nur der Unterschied besteht, daß erstere eine Stunde Pause am Tage mehr haben sollen als die Erwachsenen, dann läßt dies doch die Schwere der häuslichen Arbeiten vollständig verkennen. Kinder, kaum der Schule entwachsen, den ganzen Tag auf den Beinen, vielleicht gar im verantwortlichen Posten als Kinder-mädchen, haben wahrlich mit einer achtstündigen Arbeitszeit übergenug; aber daran denkt man nicht! Man legt nicht einmal fest, daß den Jugendlichen die Zeit für die Fortbildungsschule gegeben werden muß, sondern schreibt im § 17 nur von „gewähren“.

Nach neuemontlicher Beschäftigung im gleichen Haushalt steht dem Hausangestellten alljährlich ein Urlaub von mindestens einer Woche zu. Die Landeszentralbehörde kann, weiß das Reich nichts einheitliches schaffen will, den Urlaub bis zu drei Wochen erhöhen. Während der Zeit muß der Arbeiter bezahlt werden, auch für die ausfallende Kost, ortsübliches Kostgeld, zum Schluß aber steht: „Ein Anspruch auf Urlaub besteht nicht mehr, wenn der Hausangestellte gekündigt hat.“ Wie oft wird, wenn dieser Satz stehen bleibt, die Hausangestellte nach ihrem Recht schreien müssen, denn nicht durch sie, sondern umgekehrt wird es zur Kündigung kommen. Der Arbeitgeber wird, wie sehr schon vielfach um die Weihnachtszeit, aus Sparsamkeit vom Kündigungsrecht Gebrauch machen.

Der Lohn soll in regelmäßigen Zeitabständen, die nicht länger als 1 Monat sein dürfen, entrichtet werden, allerdings

— und das ist bezeichnend — kann die Landeszentralbehörde an Orten mit weniger als 5000 Einwohnern die Zeit bis zu drei Monaten verlängern!

Der Schlafraum soll angemessen, sittlich und gesundheitsfördernd einwandfrei sein. Verlangt mühte allerdings werden, daß Maße für Raum, Licht und Luft vorgeschrieben wären, denn der Schlafraum stellt einen Teil der Bezahlung für geleistete Arbeit dar. Wenn weiter in der letzten Jahreszeit ein erwärmter Raum, der auch die Küche sein kann, zur Verfügung gestellt werden soll, dann mutet es wahrlich komisch an, wenn es weiter im Text heißt: „sofern der Arbeitgeber selbst in seiner Wohnung über einen solchen verfügt“. § 11 spricht von der Kost. Darüber heißt es:

„Wenn nichts anderes vereinbart, ist dem Hausangestellten Kost zu gewähren. Sie muß gesund und auskömmlich sein.“ Daß sie auch der Haushaltsführung entsprechend sein muß, hat der Gesetzgeber vergessen.

Angemessene Zeit zur Erfüllung seiner staatsbürgerlichen und kirchlichen Pflichten ist dem Hausangestellten zu gewähren, insbesondere zum Besuch des Gottesdienstes und soweit ein Fortbildung- und Berufsschulzwang besteht. Erwartet hätte man, daß die staatsbürgerlichen Rechte den kirchlichen vorangegestellt wären.

Der kranke Hausangestellte soll keinen Anspruch auf Innehaltung der Kündigungsfrist haben, wenn er bei Abschluß des Arbeitsvertrages die Krankheit verheimlicht hat, oder wenn sie vorwiegend herbeigeführt ist. Die hieraus entstehenden Kosten kann der Arbeitgeber auf den geschuldeten Lohn bis zu zwei Dritteln in Anrechnung bringen.

Man erwartet vom Gesetzgeber, daß damit nicht gemeint ist, daß Hausangestellte, die sich Mutter fühlen und dies bei ihrem Eintritt verschwiegen haben, darunter fallen, ebenfalls so bei Fehlgeburten, denn oftmals sind Hausangestellte beschuldigt worden, diese vorwiegend herbeigeführt zu haben. Wir vermissen diese Klarstellung in der Begründung, trotzdem bei der Vorbereitung eine Verneinung dahin zielender Fragen erfolgte. Hinzu kommt, daß auch eine sofortige Entlassung stattfinden kann, wenn der Hausangestellte einen „un sittlichen Lebenswandel“ führt. Wir haben schon früher vor solcher Kautschukbestimmung gewarnt. Daß man sie aber trotzdem in den Gesetzentwurf aufnehmen würde, hielt man nicht für möglich.

Die Arbeitsbescheinigung, die über Art und Dauer des Arbeitsverhältnisses Auskunft geben soll, ist im § 20 ausführlich behandelt. Die Landeszentralbehörde, nicht das Reich, kann einheitliche Vordrucke dafür herausgeben, kann auch bestimmen, daß diese behördlich gestempelt werden. Auf Verlangen des Hausangestellten sind der Wahrheit entsprechende Angaben über Leistung und Führung zu machen. Hoffentlich überlegen sich die Hausangestellten sehr, von diesem eingeräumten „Recht“ Gebrauch zu machen. Dem Verfasser des Entwurfs gibt die Arbeitsbescheinigung aber noch keine Gewähr für die Ehrlichkeit der Hausangestellten. Gewalttätig soll dieser Stand wieder herabgedrückt werden. Wenigen zweiten Klasse, wie vor Aufhebung der Gefangenordnung, sollen die Hausangestellten wieder werden. Jedes Selbstbewußtsein soll ihnen genommen werden. Warum will der Reichsarbeitsminister den Steckbrief, den „Ausweis mit Lichtbild“ gerade für diesen Beruf? Warum denn nicht auch Fingerabdrücke?

Die Hausangestellten in eine Ausnahmestellung zu drängen, sie zu willigen und gehorsamen Ausbeutungsobjekten zu machen — das kann der Beruf heute nicht ertragen! Hier wird und muß von einsichtigen Persönlichkeiten alles daran gesetzt werden, damit dieser Schandfleck aus dem Entwurf verschwindet.

Die Bestimmungen, die von der Schlichtung von Streitigkeiten sprechen, genügen nicht. Solange die Arbeitsgerichte noch nicht bestehen, muß oberstes Gesetz bleiben, daß die bestehenden Schlichtungsstellen auch die Streitigkeiten der Hausangestellten regeln.

Die Kontrolle über das Gesetz kann von den Landeszentralbehörden eingeführt werden unter Hinzuziehung von Arbeit-

gebern und Arbeitnehmern, die ehrenamtlich sich dieser Arbeit unterziehen. Unseren Anforderungen entsprechen diese Bestimmungen in keiner Weise, denn nur eine behördlich eingeführte Kontrolle kann Gewähr für Durchführung des Gesetzes geben. Wäre man bei der Beratung des Gesetzentwurfs den Vorschlägen des „Zentralverbandes der Hausangestellten“ nähergetreten, dann wäre zum Ausdruck gekommen, daß auch die Hausangestellten das neue Gesetz vertrauensvoll erwarten können. So aber müssen sie ein Stück Selbsthilfe gebrauchen, müssen ihre Organisation stärken, damit der Gesetzgeber ihnen die nötige Beachtung schenkt. Alle anderen Berufsgruppen aber müssen helfend zur Seite stehen. Ganz besonders müssen aber die Reichstagsmitglieder dafür sorgen, daß hier ein Wert zustande kommt, das den Stiefkindern der bisherigen Gesellschaft endlich einmal gerecht wird.

Keine Verhandlungen über die Koalition.

Ein Berliner Mittagsblatt meldet Einzelheiten einer Konferenz über die Regierungsumbildung, es soll der erste offizielle Schritt auf dem Wege zur neuen Regierungskoalition sein, man habe beim Reichstagskanzler darüber verhandelt.

Die Meldung ist von A bis Z un wahr.

Zur Regierungsumbildung in Preußen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei hat seine auf den 29. September festgesetzte Sitzung auf den 3. Oktober verlegt. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei tritt am Montagabend zusammen. Von wohlunterrichteter Seite wird dem „Berl. Volksanz.“ betont, daß die Mehrheitssozialdemokratie bei ihrem Festhalten an ihren Mindestforderungen keineswegs auf deren Annahme durch die Deutsche Volkspartei werde rechnen können. Es stehe allerdings zu erwarten, daß Zentrum und Demokraten ihrerseits bis zur wörtlichen Aufnahme der Verhandlungen noch auf die Sozialdemokratie einwirken werden, um sie von der Unerfüllbarkeit ihrer Bedingungen zu überzeugen.

Koalitionsverbreiterung nach rechts oder links?

Die „Dema“ macht folgende beachtenswerte Ausführungen: Der auffällige Kampf, der gegen die Kanzlerschaft Dr. Wirths geführt wird, beginnt sich allmählich in seinen politischen Untergründen zu klären. Den Schlüssel zur Situation bilden die Heidelberger Verhandlungen der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Es ist allgemein aufgefassen und als politische Sensation empfunden worden, daß Dr. Stresemann in direktem Anschluß an die Heidelberger Verhandlungen in seiner Rede in Pforzheim in scharfen Worten sich gegen den Reichstagskanzler wendete, mit dem doch nach allgemeiner Annahme alsbald nach der Heidelberger Tagung die Koalitionsverhandlungen angesetzt und geführt werden sollten. Der Grund für diese scheinbar gänzlich unmotivierten Angriffe Stresemanns auf den Kanzler liegt darin, daß der koalitionswillige Führer Dr. Stresemann in den Heidelberger Verhandlungen vom rechten Flügel der Volkspartei, vor allem von den bekannten Führern Bögel, Brünninghaus, Moldenhauer, aber auch von den übrigen Vertretern der mehr den Deutschnationalen zugeneigten Richtung der Deutschen Volkspartei hart bedrängt und sozusagen gezwungen wurde, öffentlich Stellung gegen eine Neubildung des Kabinetts unter der Führung des bisherigen Kanzlers zu nehmen. Diese Kreise der Deutschen Volkspartei sind zwar bereit, in eine neue Regierung einzutreten, aber sie glauben stark genug zu sein, um diese Neubildung mit dem Sturz des jetzigen Kanzlers, der ihnen aus vielen Gründen unangenehm ist, zu verbinden. Die erwähnten Vorgänge, die erst jetzt in Berliner politischen Kreisen bekannt geworden sind, können dazu führen, daß die ganze politische Situation im Reich, die in den letzten Wochen auf Koalitionsverbreiterung nach rechts zu sich entwickelte, wieder auf den alten Stand zurückgeführt wird, bei dem auch eine Koalitionserweiterung nach links in den Bereich der politischen Kombinationen eingeschlossen war. Es ist hierzu noch zu bemerken, daß der Beschluß des sozialistischen Parteitag in Göttingen sich nicht an sich für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ausspricht, vielmehr nur die allgemeinen Richtlinien und Prinzipien einer Koalitionserweiterung überhaupt festlegt. Es muß in diesem Zusammenhang auch auf einen vielbeachteten Artikel von Karl Kautsky in der „Freiheit“ hingewiesen werden, in dem Kautsky den Göttinger

Beschluß insofern bekräftigt, als er zu einer Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei und nicht der U.S.P. führen soll. Die U.S.P. war, nach Kautsky, bereit, ihren alten Standpunkt, nach welchem sie mit bürgerlichen Parteien prinzipiell in keine Koalition eintreten wollte, zu opfern und sich zu einer praktischen Koalitionspolitik bereit zu erklären. Falls nun im Verfolg der von der Deutschen Volkspartei eingeschlagenen Taktik, die auf eine Beilegung der Reichstagskrise Dr. Wirths hinzielt, der Gedanke einer Erweiterung der Koalition nach rechts zum Scheitern kommen sollte — und dies ist nicht unwahrscheinlich, nachdem sowohl die SPD. als auch das Zentrum durch den Mund ihrer ersten Führer sich aus innen- und außenpolitischen Gründen für die Kanzlerschaft Dr. Wirths eingesetzt haben —, so liegt es in der Natur der politischen Entwicklung, daß dann das Pendel nach links schlägt und ernsthafteste Versuche gemacht werden würden, die U.S.P. zur positiven Mitarbeit an der Reichspolitik heranzuziehen.

Klatsch.

In der „Freiheit“ erzählt Rud. Breitscheid Gruselgeschichten von einem geheimen „Einkerkern“ zwischen Sozialdemokraten und Volksparteilern und von einem Verbot für die Redakteure des „Vorwärts“, vor der Rückkehr des Chefredakteurs Stampfer an der taktischen Haltung der Partei Kritik zu üben.

Weder das eine noch das andere ist wahr. Es ist bedauerlich, daß ein Mann wie Breitscheid solchen Klatsch, den ihm irgend ein Intrigant eingegeben hat, mit der Miene des Wissenden vorträgt.

Presseverbot.

Sondershausen, 26. September. (M.Z.) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ist die hiesige deutschnationale Zeitung „Der Deutsche“ auf 14 Tage verboten worden.

Vom Landbund.

Dem „Landbund“ auf die Finger zu sehen ist wenig erfreulich, aber notwendig. Mit einem Aufgebot der Sophisterei, die er bei seinen Gegnern sicher als „jüdisch“ bezeichnen würde, bemüht er sich, Stimmung gegen die Regierung zu machen. Ein Beispiel aus der neuesten Nummer der Zeitschrift: „Landbund Tellow“. Da heißt es in einem Artikel: „Was ist uns der Landbund?“: Minister Grabnauer hat eine Anzahl von Landbunderntesten verboten mit der Begründung, „sie könnten geeignet sein, die republikanische Verfassung verächtlich zu machen und zu gefährden“. Das ist bewusster Unsinn, denn der Sinn der Verbote war, daß anscheinend harmlose Erntefeste dazu benutzt werden, um durch Reden die Agitation gegen die Regierung in Gang zu halten. Man stellt sich eben dumm, um die „gekränkte Leberwurst“ spielen zu können. Daß in dem Artikel die Staatshypothek als tolle Sozialisierung, als Enteignung des deutschen Bauern bezeichnet wird, ist selbstverständlich, weniger begreiflich aber die Unferrorenheit, mit der von den Absichten der Regierung als den „furchtbaren Plänen unserer Verderber“ gesprochen wird. Hier ist das Wiesbacher Vorbild schon erreicht und die Regierung sollte den Herren Gelegenheiten geben, über den Ton ihrer Schreibweise nachzugeben.

Die Schundliteratur auf den Scheiterhaufen. Die Jugendorganisationen von Altona haben der Schundliteratur den heftigsten Kampf angelegt. Jugendvereine aller Parteien vereinigten sich gestern auf dem Altes-Sportplatz, wo eine von vielen hundert von Jugendlichen abgelieferte Menge von Schundbüchern in aller Öffentlichkeit verbrannt wurde. Jugendliche hielten Ansprachen, und dann wurde der riesige Scheiterhaufen von Schundliteratur mit Petroleum übergossen und angezündet.

Neue Arbeitskämpfe in England. Die Verhandlungen mit den Arbeitern im Maschinen- und Schiffsbauergewerbe über die Befestigung des Kriegsausschlages auf die Arbeitslöhne sind nach längerer Dauer abgebrochen worden. Die Befestigung bedingt eine Herabsetzung der Löhne um zehn Schilling wöchentlich für drei Millionen Arbeiter. Eine Delegiertenkonferenz der Trade Unions, die sich heute mit dieser Angelegenheit befaßt, beschloß, ein Eingreifen des Arbeitsministers herbeizuführen.

Die Staatsbeamten Frankreichs, die sich gewerkschaftlich organisiert haben, sind in Paris zusammengetreten, um über die Frage des Streikrechts zu entscheiden, das ihnen die Regierung zu entziehen gedenkt.

Der Bildungswert der Gesellschaftslehre.

Von Dr. Theodor Geiger.

Geschäftsführer der „Volkshochschule Groß-Berlin“.

Am Zusammenhang mit dem Drängen unserer Zeit nach der Erfassung großer lebendiger Einheiten ist auch eine Erneuerung der Gesellschaftslehre eingetreten; ja, wir können sagen, die Soziologie wurde erst in jüngster Zeit zu einer Wissenschaft von früher kaum geahnter Eigenart der Fragestellung und Forschungsmethode. Sie hat darum, an der Schwelle ihrer vollen Entfaltung, nicht zu überblühende Möglichkeiten und Aussichten. Ueberall liegt hier noch Keuland für den forschenden Menschengeist.

Wir könnten die Soziologie im Gegensatz zu den in langer Ueberlieferung systematisch festgelegten alten Wissenschaften eine „Problemwissenschaft“ nennen: alles gruppiert sich noch um die Aufgaben selbst, die menschliche Gesellschaft und ihre Lebenserscheinungen. Wir erkennen, daß sich diese rätselhaften Gebilde unter den stetig und kaum unentwirrbar ineinandergeflechteten Gesellschaften der natürlichen Notwendigkeit und der formenscheidenden menschlichen Vernunft entwickelt haben und fortentwickeln. Die verschiedensten Wissenschaften müssen darum zur Arbeit unter neuen Gesichtspunkten zu Hilfe gerufen werden, um der Lösung neu-gestellter Fragen näher zu kommen: Die Geschichte und die Biologie, die Pädagogik und Völkerkunde und die Psychologie, die Ethik und die Rechtslehre, die Statistik und die Wirtschaftslehre, die ältere Schwester der Soziologie.

Ein vollständiges und abschließendes Wissen ist darum auf diesem Gebiete gar nicht denkbar — wenigstens heute noch nicht. Aber eben dies macht die Studien so reizvoll, verpricht und gewährt uns auf Schritt und Tritt Entdeckensfreuden. Die unbegrenzten Möglichkeiten, die problematische Lebendigkeit der Soziologie, die große Zahl der offenen Fragen könnten sie auch zu einem für die wissenschaftlich interessierten Massen besonders anziehenden Betätigungsfeld machen: wie suchen die vielen und unendlich mannigfachen Lebenserscheinungen der menschlichen Gesellschaft zunächst klar aus dem Gesamtbild herauszuschälen; wir spüren ihren natürlichen und geistigen Wurzeln nach; ermitteln die Beziehungen und Ver-setzungen der ineinander vielfach verschlungenen Erscheinungen; wir forschen endlich nach den großen, allen gesellschaftlichen Lebensvorgängen gemeinsamen Gesetzen, um so einen geschlossenen, farbigen Begriff vom Wesen der Gesellschaft zu bekommen.

Die wissenschaftliche Waffe der für das tägliche Brot arbeitenden Menschen wendet sich in ihren Ruhestunden noch immer fast ausschließlich den reinen Natur- und den reinen Geisteswissenschaften zu. Sie zollt dem materialistischen Zeitgeist ihren Tribut, indem sie sich in die Gesetze der leblosen Natur einzumischen sucht; andererseits flüchtet sie aus den Niederungen in die reine Höhe der großen ethischen, künstlerischen und religiösen Ideen. Aber damit ist keine innere Harmonie geschaffen: Der Abgrund zwischen Materie und Geist wird übersprungen, nicht überbrückt. Die Gegebenheiten des Lebens, besonders des gesellschaftlichen Lebens, in dem Natur und Geist sich immer von neuem zu einer großen Einheit verschmelzen, scheinen vielen zu allmächtig, zu selbstherrlich, um sie zum Gegenstand

nicht nur sittlicher Kritik, sondern forschender Betrachtung zu machen. Der Gesellschaft, in der jeder selbst atmet und wirkt, diesem gewaltigen Organismus widmet die Waffe nur selten eine nachdenkliche Stunde. Ihre geistigen Beziehungen zur Gesellschaft erschöpfen sich meist in der aktiven Politik.

Und doch wäre es gerade für die Kraft und Zielsicherheit des praktisch-politischen Handelns und Strebens von unschätzbarem Wert, einen tieferen Blick in die Mechanik und Dynamik dieser Gesellschaft zu werfen, die wir umformen, unseren sittlichen Idealen angleichen wollen. Nur eigene Erkenntnis auf Grund der Tatsachen befugt zur Kritik; nur eigene wohlgegründete Kenntnisse befähigen zum erfolgreichen, selbstverantwortlichen Handeln.

Soll die geistige Grundlegung und objektive Rechtfertigung des Sozialismus als Gesellschaftsform Aufgabe der Führer sein? Hätte nicht vielmehr jeder einzelne die Pflicht, seine sittliche Ueberzeugung nach Möglichkeit vor sich selbst auf dem Boden sachlicher Erkenntnis zu rechtfertigen, sein Handeln im Dienst der Idee an Hand der er-kannten Sachverhältnisse zu bestimmen?

Metropoltheater: „Die Straßenjägerin.“ Wenn das Publikum nicht ganz mit Blindheit geschlagen ist, so wird es über seiner „Straßenjägerin“ den alten „blauen Razur“ bald vergessen haben. Wenn die Handlung auch nicht übermäßig neu, spannend oder raffiniert ist, so helfen doch manche wichtigen Situationen und bezeichnende, gut treffende Kalauer über die gewöhnliche Operettenromantik hinweg. Und Leo Fall hat diesem Libretto von Leo Porten und August Reidhardt einen musikalischen Ausdruck verliehen, wie er nur ihm, dem Wien-Berliner, gegeben ist. Er gibt der Straße, was der Straße ist, aber im Innersten bleibt er der seine musikalische Aristokrat, wie er sich dem Publikum persönlich vorstellt. Verschiedene seiner Duette und Terzette sind feinste Kammermusik, und doch nie ohne den pridelnden Pfeffer der Operette. Seine Orchestrierung ist ganz einzig, aber der Erfinder hält gleichen Schritt. Und die Aufmachung, die Regie und das einmütige Einleben der Darsteller in die Sache ist beim Metropoltheater seit je Tradition. Soll man sich von Toiletten, schönen Frauenfiguren, ausgezeichnetem Salon bis zur letzten Statistenrolle bezaubern lassen? Es ist nicht die Hauptfrage, aber es tut dem Feinschmecker unendlich wohl. Fritz Friedmann, Frederick, derjenige Leiter, und Otto Urad, der musikalische, teilen sich ruhmvoll in die Ehren des Abends. Rizzo Günther, die wieder einmal unachtmalig eine Charakterrolle gab, Trude Hefnerberg, die ganz reizende Mabel, Albert Kuhn, Guido Thiescher und der ebenbürtige Leonhard Hasel erteilen alle unerschöpflichen Bewill-

Jahresabschluss der deutschen Volksbibliothekare. Dieser Tage hat in Berlin die erste Tagung deutscher Volksbibliothekare stattgefunden. Sie war von führenden Männern des Faches einberufen und aus den verschiedensten Teilen des Reiches, auch aus Bayern, besucht. Es nahmen ferner teil als Vertreter des Preussischen Kultusministeriums der Fachreferent Dr. A. v. Erdberg und als Stellvertreter des Deutschen Städtebundes der Syndikus Dr. Wegner-Bümann. Ausgiebige Erörterung lebenswichtiger Fragen des Buch-

sen volkstümlichen Bücherwesens, besonders organisatorischer und wirtschaftlicher Art, führte zu einmütigen Beschlüssen; insbesondere wurde dem Vertreter der Städte als dringendste Forderung über-mittelt — sehr befreuende Vorgänge gaben dazu den Anlaß —, das verantwortungsvolle Amt des Leiters öffentlicher Bibliotheken als des berufenen literarischen Beraters der Einwohnerschaft in Zukunft nur bewährten Berufsbibliothekaren anzuvertrauen.

Die über das ganze Reich sich erstreckende Arbeitsgemeinschaft gab sich eine feste Organisation unter dem Namen „Bücherei-Verband“. Dieser umfaßt die Büchereien, die provinziellen Beratungsstellen und die Einzelmithaber. Organ des Verbandes ist die Zeitschrift „Bücherei und Bibliothekspflege“ (Weipzig, Harrasowitz). Der Sitz der Geschäftsstelle des Bücherbundes ist vorläufig die Stadtbücherei Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 168/167.

Drahtlose Musik im Dienste der Wohltätigkeit. Zum Besten der von Hungersnot betroffenen Bewohner des Wolgagebietes ist gestern von der Hauptstelle Königs wusterhausen aus ein drahtloses Konzert veranstaltet worden. Die Anregung hierzu ging von dem Chef der Radio-Verwaltung der Ukraine aus. Sämtliche Empfangsstellen der Ukraine waren hierfür mobil gemacht. Die konzertierende Kapelle spielte in einem Gebäude in Königs wusterhausen. Von hier wurden die Musikstücke auf der Drahtleitung nach der Hauptstelle der Reichspostverwaltung übertragen und von dort durch den 10-Kilowatt-Telefunken-Röhrensender weiter übermittelt.

Das Mädchen ohne Hofen. Das Jahrbuch des deutschen Buchhandels, das unter dem Namen „Buchhändlerbörseblatt“ in Leipzig erscheint, hat sich bisher nur auf dem Felde der politischen Zensur betätigt, indem es die Anzeigen inkorrekter Schriften zuweisen von seinem Informaten ausschloß. Jetzt scheint es, dem Geiste der Zeit entsprechend, seine volkspädagogische Wirksamkeit auch auf das Gebiet der Sittlichkeit ausdehnen zu wollen. Die Anzeigen des Verlags Alfred Richard Meyer werden neuerdings vom Börseblatt abgelehnt, weil das Verlagsorganet eine nur mit Strümpfen und Sonnenstichm bekleidete Dame zeigt. Diese Tracht widerspricht der Kleiderordnung des deutschen Buchhandels. Entweder entschließt sich Meyer, seiner Jungfrau die vor-geschriebenen deutschnationalen Flanellhosen überzuziehen oder er muß darauf verzichten, daß das Erscheinen seiner Verlagswerte den Sortimentern in der üblichen Weise bekanntgegeben wird.

An diejenigen deutschen Buchhändler und Schriftsteller, die sich bewußt sind, im 20. Jahrhundert zu leben, möchten wir aber doch die Frage richten, wie lange sie sich eine derartige entwürdigende Bezeichnung durch eine Clique muffiger Spießerseelen noch gefallen lassen und vor der ganzen Welt lächerlich machen wollen.

Büchereibund. Die Aufführungen von Wilhelm Schmidthons Romöde „Die Schauspieler“ begannen von heute ab um 8 Uhr.

Neues Theater am Zoo. Die Uraufführung von Koda Rode: „Die ersten Sporen“, ist auf Sonnabend, den 1. Oktober (Umlauf 7 Uhr) verlegt.

Die Große Berliner Kunsthalle im Landeshausgebäude am Lehrter Bahnhof wird am 4. Oktober geschlossen.

Groß-Berlin

Abschluß der Autorennen.

Massenbesuch am gestrigen Sonntag.

Die Berliner Autorennen fanden gestern ihren Abschluß. Eine riesige Menschenmenge war Zeuge der zum Teil recht spannenden Kämpfe. Im allgemeinen war das Bild dasselbe wie am Sonntagabend, nur alles viel vergrößert. Größer die Zuschauermenge, besonders der Kranz der Junggäste, größer der zur Schau getragene Luxus der Kriegsgewinnler und ihres Anhangs, aber auch größer die Leistungen der Maschinen. Dafür hatte allerdings der Teil des Publikums, der die unendlich mühevollen Arbeit, die zur Herstellung dieser hastenden Maschinen gehört, nicht kennt, der höchstens eine Ahnung hat von dem Stand der Automobilindustrie, das geringste Interesse. Er hatte genug zu tun, um die Toiletten der Damen zu bewundern, und im übrigen: Man mußte doch dabei gewesen sein.

Das erste Rennen führte über sechs Runden, circa 120 Kilometer und wurde von einem Wagen der Firma „Aga“ in der Zeit von 1 Stunde 3 Minuten und 33 Sekunden gewonnen. Das zweite Rennen war wie am Vortage eine Kiste. Von den fünf am Start erschienenen Wagen konnte nur der vom Direktor Dunlop gesteuerte Dinoswagen die 140 Kilometer lange Strecke glatt durchfahren. Alle anderen Wagen mußten das Rennen vorzeitig aufgeben. Das interessanteste Rennen der beiden Automobiltage war unstreitig das letzte, in dem 11 Wagen am Start erschienen. Der schnelle, von Frh. v. Opel gesteuerte Opelwagen ließ bald das ganze Feld hinter sich und vergrößerte seinen Abstand unausgesetzt. Aber auch der von Breckheimer gesteuerte Opelwagen, der als letzter vom Start abkam, überholte einen Konkurrenten nach dem anderen. Der schnellste Wagen aber war der von Kieck gesteuerte NAG-Wagen, der nicht zuletzt dank der Umsicht seines Führers über den stürmischen Herrn Opel siegte. Zweiter wurde Breckheimer auf Opel, ihm folgte Frh. v. Opel auf seinem Wagen und als vierter lief der zweite NAG-Wagen ein, von Jersbst gesteuert. Bei den Rekordversuchen erreichte der 200 PS-Benz-Wagen eine Stundengeschwindigkeit von 185 Kilometern, was gegenüber seinen früheren Leistungen von 238 Kilometern auffallend gering ist.

Trotz des mißglückten zweiten Rennens war auch der gestrige Automobiltag ein voller Erfolg. Alle kamen auf ihre Rechnung: die Industrie, die Rennleitung, das Publikum und — die Schupo. Wir wollen an dieser Stelle gestehen, daß uns die Verwendung des grünen Massenaufbaus recht unverständlich ist. An die letzten Stellen sei die Frage gerichtet, ob sie keine Ahnung davon haben, daß der Dienst, den die Schupo-Beamten auf der Bahn leisten, mit Stößen zu bearbeiten, nicht hätte ebensogut von den Arbeitslosen verrichtet werden können, die in Massen in Berlin vorhanden sind. Jedenfalls ist die Schupo nicht dazu da, selbst dann nicht, wenn alle ihre Offiziere mit Ehrenkarten von der Direktion bedacht worden wären.

Eigentlich berührte ferner, daß die verschiedenen Ruffkapellen immer wieder sehr fleißig: „Ich bin ein Preuße“ und andere „patriotische“ Dinge spielten, und daß man die Glanzleistungen deutscher Arbeiterhände, die die Automobile doch nun einmal darstellen, ausgerechnet mit Eichentränken belohnte, die schwarz-weiße Schleifen trugen. Wenn wir recht sehen, hat einer der fleißigsten Fahrer, ein Arbeiter der Opel-Werke, seine Ehrenrunde zwar mit Eichentränken, aber ohne schwarz-weiße Schleife gefahren.

Nach Schluß der Rennen setzte auf den nach Berlin führenden Straßen ein ungeheurer Automobilverkehr ein. Die Heerstraße, die Charlottenburger Chaussee, der Pariser Platz und selbst noch die Straße unter den Linden waren von großen Menschenmassen eingefüllt, die der Heimfahrt der zahllosen Automobile beiwohnten. Mächtige Benzimassen und unausgesetztes Autohupen zeigten auch dem Uneingeweihten, daß Berlin unter dem Eindruck der Automobilmwoche steht.

Die letzten Resultate.

Erstes Rennen.

Gruppe 7a (6 Steuer-PS) 6 Runden, circa 120 Kilometer.
1. Aga, Otto Philipp, 63 Min. 23 Sek. 2. Digi, Willi Heinecke, 68 Min. 35 Sek. 3. Digi, Braun, 69 Min. 35 Sek. 4. Falcon, Hartlieb 70 Min. 12 Sek. 5. Seibe, Ernst Bergmann, 75 Min. 10 Sek. 6. Seibe, Willi Köster, 84 Min. 56 Sek. Aga (Wilmhelm) und Heim abgebrochen.

Zweites Rennen.

Gruppe 8b (8 Steuer-PS) 7 Runden, circa 140 Kilometer.
1. Dinos, Dunlop, 77 Min. 14 Sek. Die übrigen aufgegeben.

Drittes Rennen.

Gruppe 10a (10 Steuer-PS) 8 Runden, circa 160 Kilometer.
1. NAG, Kieck, 73 Min. 51 Sek. 2. Opel, Breckheimer, 75 Min. 50 Sek. 3. Opel, Frh. v. Opel, 76 Min. 8 Sek. 4. NAG, Jersbst 79 Min. 29 Sek. 5. Adler, Irion, 82 Min. 25 Sek. 6. Horch, Seidel, 83 Min. 36 Sek. 7. Horch, Hirlinger, 86 Min. 21 Sek. 8. Stoewer, Schneider, 87 Min. 8 Sek. 9. Dürkopp (Hufemann), 89 Min. 7 Sek.

Die Rekordversuche ergaben folgenden Durchschnitt für beide Tage: Benz 82,14/200 (Hoerner) 185 Kilometer pro Stunde, Opel 40/150 (Breckheimer) 183 Kilometer und Adler 18/145 (Reiner) 140 Kilometer.

Großfeuer an der Oberspre.

Großfeuer kam am Sonntagabend in Friedrichshagen aus noch nicht ermittelter Ursache in der Seefstraße 16, in einem Tischlereibetriebe der AGW, zum Ausbruch und machte den Feuerwehren von Friedrichshagen und der Umgebung sehr zu schaffen. Der Brand wurde erst bemerkt, als die Flammen hell weißlich leuchtend aus dem am Müggelsee liegenden Wert emporstiegen. Als die Wehr von Friedrichshagen an der Brandstelle ankam, hatten die Flammen schon reiche Nahrung an den Vorräten und der Einrichtung des ausgebeuteten Holzplatzes gefunden. Der Himmel war weißlich gerötet, so daß an der Oberspre abends allerhand Gerüchte verbreitet wurden, die keine Befriedigung fanden. Der mächtige Holzplatz ist fast total niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. Gegen 11 Uhr war das Feuer am Erlöschen, das Tausende von Zuschauern aus der Umgebung herbeigelockt hatte.

Folgen einer Gasexplosion.

Eine schwere Gasexplosion hat sich am Sonntagabend gegen 9 Uhr abends in der Seefstraße 2 in Niederschöneweide ereignet, bei der neun Personen verletzt wurden.

Als der Heizer Karl Schulz mit seiner Familie sowie mit Verwandten und Bekannten heimkehrte, bemerkte er nach Öffnung der Korridor tür starke Gasgerüche. Anstatt nun Türen und Fenster zu öffnen, leuchtete er mit Streichhölzern die Gasleitungsröhren ab. Da er auf dem Korridor keinen Schaden entdecken konnte, schloß er die Wohnungstür auf. Im selben Augenblick entzündeten sich die im Wohnzimmer vorhandenen Mengen Gas an der Flamme des Streichholzes, das er in der Hand hielt. Unter lautem Knall erfolgte eine heftige Explosion. Von den anwesenden Personen erlitten Schulz und

Beisehung der Oppauer Opfer.

Mannheim, 25. September. (WZB.) Unter Beisehung großer Bevölkerungsmassen, etwa 70 000 Menschen aus Ludwigshafen, Mannheim und der Pfalz und in Gegenwart des Reichspräsidenten, des bayerischen Ministerpräsidenten, des badischen Staatspräsidenten, des Präsidenten des bayerischen Landtages und Vertretern zahlreicher Behörden und Organisationen wurde heute auf dem Ludwigshafener Friedhof die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch General de Metz als Beauftragten der internationalen Rheinlandkommission und General Dangand als Beauftragten des Militärbeschreibers General Degoutte vertreten, welche beide in vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier an den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten gerichteten Ansprachen in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit Worten des Dankes. Es berührte wohlwollend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinwegsetzt. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. Bei der Trauerfeier hielten Johann Vertreter des Arbeiterverbandes, der Arbeiterschaft und der Direktion des Werkes, der badische Staatspräsident, der Präsident des bayerischen Landtages, der Regierungspräsident der Pfalz und der Oberbürgermeister von Mannheim Ansprachen. Die von Musik und Gesang eingeleitete und geschlossene Feier verlief würdig und eindrucksvoll.

In seiner Rede führte

Reichspräsident Ebert

aus: In tiefer Erschütterung stehen wir heute am Ort der großen Katastrophe, die in der Morgenröthe des 21. September ganz Deutschland in Schrecken und Aufregung versetzt hat, einer Katastrophe, die die Geschichte der deutschen Industrie bisher noch nicht zu verzeichnen hatte. Mit schwer bewegten Herzen betrauern wir heute den Tod so vieler pflichttreuer Arbeiter, die dem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen sind, beklagen wir die bei dem Unglück verletzten Männer und Frauen, deren Qualen und Schmerzen wir mitempfunden. Gewaltig ist die Zahl der Toten und Verwundeten. Es ist mir ein dringendes Herzensbedürfnis gewesen, zur heutigen äußeren Feier teilnehmender Trauer hierher zu kommen und den Hinterbliebenen, den Verwundeten und Beschädigten auch von dieser Stelle aus nochmals die innigste Anteilnahme der Reichsregierung und, wie ich sagen darf, des gesamten deutschen Volkes an ihrem Unglück auszusprechen. Sie dürfen überzeugt sein, daß die weitesten Kreise Deutschlands mit den Hinterbliebenen der Toten und den zahlreichen Verletzten herzlichste Teilnahme empfinden. Auch weit über die Grenzen des Reiches hinaus hat das Unglück Widerhall und Teilnahme erweckt. Aus allen Teilen der Welt sind Beileidskundgebungen und Zeichen hilfsbereiten Bestandes eingelaufen, die uns wohlwollend berührt haben und für die ich hier nochmals Gelegenheit nehme zu danken. Ehrliches Mitgefühl bekränzt sich nicht auf Worte. Gleich nach dem Unglück hat sich überall menschenfreundliche und brüderliche Hilfe gezeigt. Reichs- und Staatsbehörden, Kommunalverwaltungen, Organisationen, industrielle und finanzielle Unternehmungen, wie die einzelnen Mitglieder in Stadt und Land haben bereits erhebliche Beträge zur Vermehrung materieller Not aufgebracht. Eine Hilfsaktion größten Umfangs hat begonnen, und wir dürfen hoffen, daß es uns gelingen wird, den so schwer vom Unglück Betroffenen die Sorge um das tägliche Leben abzunehmen.

Hochverehrte Damen und Herren! In die Stätte blühender Arbeit, in eine Musteranstalt deutschen Unternehmungsgeistes und deutschen Arbeitswillens sind uns unbekannte Kräfte der Zerstörung mit elementarer Wucht eingebrochen, das zerstörend, was Erfindungsgeist und Schöpfungskraft in jahrelanger Arbeit errichtet haben. Hart ist das Geschick und doch wird es uns nicht lähmen in unserem Entschluß, das Zerstörte wieder aufzubauen. Wie wir hier trotz des Wollens finsterner Mächte unerschütterlich sofort wieder an das Werk gehen werden, das heute hier in Trümmern liegt, morgen wieder aufzubauen, so wollen wir auch im ganzen Volk und im ganzen Deutschen Reich fortfahren, mit festem Willen und in harter Arbeit aller produktiven Kräfte unter wirtschaftliches Leben wieder aufzubauen und trotz der harten Schicksalsschläge, die uns, wie kaum ein Volk in der Weltgeschichte, getroffen haben, schaffensfreudig uns eine bessere Zukunft zu erarbeiten.

Besehtigung der Unglücksstätte.

München, 25. September. (WZB.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich aus Ludwigshafen: Sonntag nachmittag wurde in Begleitung des badischen und des württembergischen Minister-

präsidenten, des bayerischen Handelsministers Hamm und einer Zahl Staatsvertreter unter Führung der Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen die Unglücksstätte Oppau durch den Reichspräsidenten Ebert und den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Berchtesgaden einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die beiden Herren empfingen im Wert eine Abordnung des Angestellten- und Arbeiterrates, der sie die weitestgehende Hilfe von Reich und Staat und Gemeinden in Aussicht stellten. Der Reichspräsident stattete den Verwundeten in den Ludwigshafener und Mannheimer Krankenhäusern einen Besuch ab. Der bayerische Ministerpräsident, sowie der Regierungspräsident der Pfalz besuchten das Ludwigshafener Krankenhaus und die zum Lazarett eingerichtete Goethechule.

Hilfe des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.

Bei der Hilfsleistung, die durch das einschneidende Unglück in Oppau notwendig geworden ist, wird auch die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung nicht zurückstehen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine errichtet eine Sammelstelle. Spenden, die von den Genossenschaften den unglücklichen Bewohnern aus dem Explosionsbereich zugedacht werden, können schon jetzt unter der Adresse der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. auf deren Bankkonto bei der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. zugeführt werden. Ueber die Verwendung der eingehenden Summen wird der Zentralverband sich mit den Genossenschaftlern in der Pfalz und in Baden verständigen.

Die Schuldfrage.

Von der Leitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird als endgültiges Ergebnis der durchgeführten Untersuchungen mitgeteilt, daß die Katastrophe im Oppauer Werk auf die Explosion eines Lagers von etwa 4500 T. Ammoniumsulfatspeter zurückzuführen ist. Es haben zwei Explosionen stattgefunden, zunächst eine schwächere und einige Sekunden später eine sehr starke, auf welche die verheerende Wirkung der Katastrophe zurückzuführen ist. Zugabegeben wird ferner, daß man bei der Lagerung des lagernden Ammoniumsulfatspeters Sprengstoffe verwendet hat. Es heißt in dem Bericht wörtlich:

„Die beiden Produkte Kaliammonsulfat und Ammoniumsulfatspeter haben deshalb bisher als derart ungefährlich gegolten, daß man seit Jahren in allen damit arbeitenden Fabriken bei Entseigerung dieser Produkte festgewordene Blöcke dieser Salze gesprengt hat, ohne daß dabei jemals irgendwelche verdächtigen Erscheinungen festgestellt worden wären.“

Fest steht also, daß das Ammoniumsulfatspeter, das man für ungefährlich hielt, explodiert ist. Es erhebt sich demnach die Frage, wie war das möglich? Die Werkleitung glaubt darauf keine Antwort geben zu können. Wir sind der Ansicht, daß die Frage nach der tieferen Ursache sehr wohl weiter verfolgt werden kann. Das Ammoniumsulfatspeter enthält wie das Kaliammonsulfat starke Gewichtsteile Ammoniumsulfat. Vom Ammoniumsulfat weiß man, daß es durch heftige Impulse zur Explosion gebracht werden kann. Nun sollen zwar zahlreiche Versuche erwiesen haben, daß das Ammoniumsulfat bei seiner chemischen Verbindung im Kaliammonsulfat und im Ammoniumsulfatspeter seine explosive Eigenschaft verliert, aber die Explosion des Ammoniumsulfatspeters in Oppau beweist, daß die Annahme unter gewissen Umständen falsch ist. Hier muß Klarheit geschaffen werden. Die Doppelexplosion läßt vermuten, daß Sprengstoff bei dem Ammoniumsulfatspeter lagerte und daß zunächst der Sprengstoff und dann das Lager explodiert ist. Hierüber schneidet der Bericht der Fabrikleitung. Es wäre also festzustellen, ob sich Explosivstoffe dort befanden und wie groß ihre Menge war. Darüber hinaus muß aber verlangt werden, daß in allen Betrieben, in denen Kaliammonsulfat und Ammoniumsulfatspeter hergestellt und gelagert wird, die Verwendung von Sprengstoffen zur Auflöserung sofort eingestellt wird.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Heilmilde, aber ziemlich kühl und veränderlich mit wiederholten leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

9. Kreis, Wilmersdorf. Heute Abend Frauenversammlung bei Thier, Göttinger 104 Heilmilde Straße, „Bericht über den Parteitag“, Referent: Grottel. 10. Kreis, S. u. W. Ostliche Wahlerversammlung. Die öffentliche Versammlung in der Kaiserhofstr. 24, findet nicht heute, sondern Dienstag, den 27. Sept., im gleichen Saal statt.

Sport.

Rennen zu Karlshorst, Sonntag, 25. September. Trotz der Automobilmassen mit Karsschön einen Woffenbruch an. Leider verunfallte der Führer-Vreis gänzlich, da Kolb ausbrach und seine Reiter dem bösen Beispiel folgten. Auf der Rennbahn kam es ebenfalls zu unglücklichen Nachstößen.

1. Kieselmal - Hürdenrennen. 20 000 M. 2000 Meter. 1. Gollpalt III (Schubel), 2. Major Rath (Stas), 3. Herzog II (G. Müller). Tot: 23: 10. Platz: 12, 10, 11: 10. Ferner liefen: Nula (4), Cais (ausg.), Blumenthal (gef.), Theodor Körner, Landrat, Page. 2. Rinder-Rennen. 16 000 M. 1500 Meter. 1. Bonaria (Allmann), 2. Coras (Kranzlein), 3. Lobredner (Gefschwandt). Tot: 70: 10. Platz: 28, 25: 10. Ferner liefen: Dratel (4), Ritter Maubart. — 3. Hühner-Vreis. 30 000 M. 4000 Meter. 1. Thunfischgut (Dür), ausgebr. und nachg., 2. Reichard (Bismarck), ausgebr. u. nachg., 3. Elfen (G. Scholz), ausgebr. und nachg. Tot: 29: 10. Platz: 19, 60: 10. Ferner liefen: Marmolata (ausgabr.), Götterknecht (ausgabr.), Kolbart (ausgabr.). 4. Haupt-Hürdenrennen. Ehrenpreis und 60 000 M. 3000 Meter. 1. Colberg (Kardel), 2. Pradime (R. Lenz), 3. Gollman (Bismarck). Tot: 35: 10. Platz: 20, 23: 10. Ferner liefen: Wanderslab (4), Rolenslab (ausgabr.), Sam Rein (gef.). — 5. Vappel - Jagdrennen. 20 000 M. 3400 Meter. 1. Gollman (Bismarck), 2. Feuerrot (Kardel), 3. Memento (Wegener). Tot: 17: 10. Platz: 13, 14: 10. Ferner liefen: Schloßburg (4), Raval, Gollberg II (ausgabr.), Sigebold. 6. Rader - Billie - Jagdrennen. 25 000 M. 4000 Meter. 1. Gollman II (G. Elfs), 2. Walacht (G. Scholz), 3. Durr (G. Müller). Tot: 127: 10. Platz: 31, 21, 23: 10. Ferner liefen: Gollman (Allmann), Baerthgen (gef.), Maria, Koppel, Nelsa, Goll, Kesselsburg (ausgabr.). — 7. Reinholdendorfer Jagdrennen. 25 000 M. 2000 Meter. 1. Koppel II (G. Elfs), 2. Gollman (Bismarck), 3. Rappelschall (Durr). Tot: 33: 10. Platz: 13, 12, 14: 10. Ferner liefen: Allmann (4), Nelsa, Luita, Gollwald, Waffenhund, Senaragd, Reichsgräf, Schwanenritter, Saleriana.

sein 11jähriger Sohn Franz schwere Verletzungen. Mit leichteren Verletzungen kamen seine Ehefrau und ihr 9jähriger Sohn, ferner eine Schwägerin des Wohnungsinhabers, deren drei Kinder und ein Freund der Familie, der Arbeiter Jopp davon. Die Feuerwehr leistete die erste Hilfe und schaffte sämtliche Verletzten nach dem Elisabeth-Hospital in Oberschöneweide. In der Wohnung waren sämtliche Fensterscheiben in Trümmer gegangen, die Tapeten verbrannt, die Möbel teilweise beschädigt, und die Zimmerdecke wies starke Risse auf. Die Ursache der Explosion konnte bisher nicht festgestellt werden. Bemerkenswert ist, daß die Gasleitung erst am Tage zuvor von der Gasinspektion geprüft, aber keine schadhafte Stelle gefunden worden war.

Ein falscher Stinnesdirektor.

Einen großangelegten Schwindel betrieb mit Hilfe seines Bruders Willi ein 25 Jahre alter Kaufmann Karl Baumgartner aus der Brinzegegendstraße. Baumgartner spielte, obwohl er mit Stinnes nicht das geringste zu tun hatte, den Direktor des Stinneskonzerns und ließ durch seinen Bruder in geeigneten Kreisen verbreiten, daß er es auf Grund seiner Stellung in der Hand habe, an der Börse die Kurse nach Belieben steigen und fallen zu lassen. Einem so finanzgewaltigen Wanne schenkten viele Leute unbegrenztes Vertrauen. Einigen zahlte er auch, ganz wie Köhn und Klante, die mit kurzer Frist versprochenen hohen Gewinne. Zur weiteren Hebung seines Ansehens streute Baumgartner endlich noch aus, daß er Ritter des Pour le mérite sei. Eines Tages aber war der „Herr Direktor“ aus der glänzenden Wohnung, die er nur deshalb für seine eigene Ausgabe konnte, weil ihr wirklicher Inhaber meistens abwesend war, plötzlich verschwunden. Seht erfahren die Kiezgänger, daß er nur ein einfaches Zimmer gemietet hatte. Das erregte den ersten Verdacht. Gleich darauf blieben auch die fälligen Zahlungen aus. Der „Herr Direktor“ hatte ganz nach dem Muster der Köhn und Klante, fällige Schulden lediglich aus neuen Einzahlungen gedeckt. Beamte der Streikmannschaft entdeckten den verschwundenen Direktor gestern in der Steifenlandstraße in der Wohnung seines Bruders und nahmen ihn mit diesem fest. Beide hatten bereits ihre Koffer gepackt, um mit geheimem Ziel abzureisen. Die Geschädigten, die sich bis jetzt gemeldet, haben zusammen eine halbe Million Mark eingezahlt. Die übrigen können sich bei der Inspektion C der Berliner Kriminalpolizei im Polizeipräsidium melden.

Der Mord in der Nürnberger Straße. Bekanntlich wurde am Montag, den 19. d. M., der Vogelshändler Albert Hehlke in seinem Laden in der Nürnberger Straße 12 erschossen aufgefunden. Behördlicherseits wurde Selbstmord festgestellt und als Grund dazu soziale Vermögensverhältnisse angegeben. Da jedoch über das Motiv zur Tat Zweifel entstanden sind, hat ein Kriminaldetektiv die

